

# Nachbarschaftsinitiative NBO

## Eine Frankfurter MieterInneninitiative



## Presseerklärung

### Mahnwache vor Baudezernat

#### **Mieterinitiativen fordern Stadtrat Jan Schneider auf, das Vorkaufsrecht der Stadt endlich konsequent anzuwenden.**

*Frankfurt.* Etwa 50 Mieter aus verschiedenen Frankfurter Mieterinitiativen haben heute bei einer Mahnwache mit, Reden, Trillerpfeifen und Transparenten vor dem Büro des Stadtrats Jan Schneider (CDU) Dezernat V („Bau und Immobilien“) protestiert. Jan Schneider kam daraufhin nach draußen, um den Demonstranten seine Haltung zum Thema „Vorkaufsrecht“ darzulegen (siehe Fotos im Anhang).

Anlass für den Protest ist die Weigerung von Liegenschaftsdezernent (Immobilien und Bauen) Schneider bei Hausverkäufen in Milieuschutzsatzungsgebieten regulierend einzugreifen. In Frankfurt wurden mehrere Gebiete in Stadtteilen zu Milieuschutzsatzungsgebieten erklärt, um dort die Gentrifizierung und Verdrängung der angestammten Bevölkerung zu stoppen. Dieses Instrument, das in Berlin und München mit Erfolg angewendet wird, wird in Frankfurt durch den Liegenschaftsdezernenten boykottiert. Eigentum soll geschützt werden aber nicht die Mieter. Er vertritt damit die Interessen von Investoren nicht der Mieter.

Das Vorkaufsrecht der Stadt, das diese bei Eigentümerwechsel wahrnehmen kann, wurde entgegen den Empfehlungen des Planungsausschusses in den Fällen Adalbertstr. 11 und Hebelstr. 23 nicht wahrgenommen. Die Mieter\*innen sind somit vor einer Verdrängung durch Modernisierung nicht geschützt.

In der Stadt Frankfurt gibt es eine ineffektive Arbeitsteilung der Dezernate, die dringend geändert werden muss: Fachlich zuständig für den Milieuschutz ist das Dezernat Planen und Wohnen, das letzte Wort bei der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts hat das Dezernat Immobilien und Bauen. Das führt dazu, dass auch Vorkäufe, die vom Dezernat Planen befürwortet werden, nicht realisiert werden. Der Dezernent J. Schneider setzt sich über den fachlichen Rat dieses Dezernats hinweg. Diese Blockadepolitik und Ineffizienz von Behörden, die sich gegenseitig behindern muss aufhören. Die Wiederwahl des Dezernenten Schneider im Stadtparlament steht am 23. Mai an. Das ist eine gute Gelegenheit, die Aufgaben neu zu regeln, um endlich einen effektiveren Milieuschutz in Frankfurt zu ermöglichen und die Kompetenz und die Entscheidungsbefugnisse im Fachdezernat zu bündeln.

Die Vergabe des Milieuschutzes im Gesamten in der Hand des Planungsdezernats ist eine wichtige Voraussetzung für einen effektiven Milieuschutz. Frankfurt steht im Vergleich zu Städten wie Berlin und München weit hinten und kann nur mit einer einheitlichen Richtung den Milieuschutz zu einem wirklichen Schutz für Mieter und der sozialen Struktur der Stadtteile machen. Der OB Herr Feldmann kann hier handeln und die Kompetenz neu regeln. Wir fordern ihn auf dies zu tun.

Wir treffen uns jeden Montag um 18 Uhr im AWO-Pavillon Burgblock Eichwaldstraße 71, Ecke Burgstraße / Informationsaustausch, Hilfe zur Selbsthilfe, Engagement für eine soziale und solidarische Wohnungspolitik / nachbarschaftsinitiativeNBO@yahoo.de / www.nbo-frankfurt-am-main.info

# Nachbarschaftsinitiative NBO

## Eine Frankfurter MieterInneninitiative



Wir fordern, dass die Abtretungserklärungen, die in diesen Fällen, alternativ zum Kauf, mit den neuen Besitzern getroffen werden und dem Schutz der Mieter dienen sollen, offengelegt werden. Bisher weigert sich die Stadt, da dies angeblich privat ist.

Wir, die Frankfurter Mieterinitiativen, fordern, dass die begrenzten, aber sofort wirksamen Möglichkeiten des Milieuschutzes konsequent angewendet werden.

Die Parteien, vor allem SPD und Grüne und als Koalitionspartner werden aufgefordert mit Taten Farbe zu bekennen. Die CDU hat es bereits getan- Eigentum geht vor Mieterschutz. Vor allem erwarten wir von den Grünen, dass das Thema Wohnen endlich ernst genommen wird. Darüber bedarf es weiterer umfassender Maßnahmen zur Schaffung und zum Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Da sind die Parteien aufgerufen erste Schritte einzuleiten. Forderungen der Bürgerinitiativen warten umgesetzt zu werden.

Die verantwortlichen Parteien von SPD und Grünen sind hier gefordert ihre Gesamtverantwortung zu übernehmen und das Ping –Pong Spiel zu beenden, indem auf die jeweils anderen Parteien gedeutet und zum Handeln aufgefordert werden. Den Bürgern hilft das nicht.

Im Anhang finden Sie zwei Fotos der heutigen Aktion. Wir würden uns freuen, wenn Sie darüber berichten würden!

Mit freundlichen Grüßen

Nachbarschaftsinitiative Nordend-Bornheim-Ostend (NBO)

### **Pressekontakt:**

Mieterinitiative NBO Nordend, Bornheim, Ostend

Wilfried Michel

Tel. 0178 / 555 1091

E-Mail: [nachbarschaftsinitiativenbo@yahoo.de](mailto:nachbarschaftsinitiativenbo@yahoo.de)

[www.nbo-frankfurt-am-main.info](http://www.nbo-frankfurt-am-main.info)

Wir treffen uns jeden Montag um 18 Uhr im AWO-Pavillon Burgblock Eichwaldstraße 71, Ecke Burgstraße / Informationsaustausch, Hilfe zur Selbsthilfe, Engagement für eine soziale und solidarische Wohnungspolitik / [nachbarschaftsinitiativeNBO@yahoo.de](mailto:nachbarschaftsinitiativeNBO@yahoo.de) / [www.nbo-frankfurt-am-main.info](http://www.nbo-frankfurt-am-main.info)